

Das „Besondere“ unserer Taktik in Braunschweig

Die Stamper-Treffe ist voll von Betrachtungen über das Zusammengehen der sozialdemokratischen Städtevereine in Braunschweig durch die Kommunisten. Es ist ihr dabei gar nicht möglich zu sein und sie versuchen nun ihre Verlegenheit mit allbekannten Tiraden zu demüteln, indem sie ihren Lesern erzählen vom „Bemühen der Kommunisten“, die in Braunschweig und anderen Orten, entgegen der Beschlüsse des Zentralkomitees, mit den Sozialdemokraten ein gemeinsames Bündnis gebildet hätten.

Die Sozialisten wissen, daß es für uns mit ihnen kein gemeinsames Zusammengehen gibt. Mit der Kameraderiepartei, mit den Polizeipolitikern, mit den Wegbereitern des Faschismus kann es für uns nur Kampf bis zur Vernichtung geben!

Das wurde den Weis, Seering und Komintern so gefallen, daß sie in dem Augenblick, wo ihnen die Mitglieder der kommunistischen Partei zuwenden und sich den kommunistischen Forderungen anschließen, sie vor ihren militärischen Anhängern als bündnisfähig mit der Partei des Proletariats erscheinen konnten.

Um ihr Gewerbe vom sozialdemokratisch-kommunistischen Bündnis in Braunschweig glaubhaft zu machen, erzählen sie, daß das „Bündnis“ zustande gekommen sei, um gegen den Faschismus zu kämpfen. Demgegenüber betonen wir:

Es gibt in der kommunistischen Partei keinen Menschen mit solchen Absichten, daß im Bunde mit den Sozialisten der Faschismus bekämpft werden kann. Der Faschismus in Deutschland ist nur möglich geworden infolge der Politik der Sozialdemokratie.

Insolge der Taktik der sozialdemokratischen Parteimitglieder und Parteipräsidenten. Die Sozialisten haben dem Faschismus gedient, sie sind seine Schrittmacher und Wegbereiter gewesen und sie sind heute seine Helfershelfer und Verbündeten auf allen Gebieten.

Täglich kann man Dutzende von Beispielen für diese Wahrheit bringen.

Der sozialfaschistische Polizeipräsident von Berlin verbietet jede Kundgebung der revolutionären Arbeiterpartei, der Gewerkschaften, der kommunistischen Partei, der linken Parteien in Berlin. Er verbietet alle Kundgebungen der Arbeiterorganisationen des Proletariats und zu gleicher Zeit erlaubt er aber die Kundgebungen des faschistischen Stahlhelms. Der sozialdemokratische Seering verbietet den roten Frontkämpferbund als bewaffnete Militärorganisation und erlaubt zu gleicher Zeit die bewaffnete militärisch organisierte und somit bewaffnete Bande der SA und SS der Reichswehr. Der sozialdemokratische Seering verbietet im Hamburg nach dem Worte an unserem deutschen Genossen unter Parteiflagge, die hamburgische Volksgemeinschaft, verbietet, verbietet alle kommunistischen Versammlungen, verbietet das Parteigebäude und verbietet sogar alle Arbeiter- und Betriebsversammlungen. Bei dem blutigen Zusammenstoß in Gieselerstraße, bei dem gleichzeitig zwei Arbeiter ihr Leben ließen, lieferte der sozialdemokratische Polizeikommissar, der den gemeinsamen Angriff der SA und Volkstruppen auf die Arbeiter leitete, der SA-Militärs die Munition, die auf die Arbeiter verschossen wurde.

Diese Blutsbrüderlichkeit und Kampfgemeinschaft zwischen Sozialisten und Faschisten zeigt deutlicher als alles andere, wo die Bündnis- und Freundschaftspolitik in Wirklichkeit verläuft.

Selbst wenn alle diese Taten in den letzten Wochen nicht wären, würde man längst aus den Reden und Schriften der sozialdemokratischen Führer, in welcher Front die Sozialdemokratische Partei zu stehen ist. Es ist vor wenigen Tagen sagte ihr Führer Schöpslin im Reichstag:

„Nicht zehnmal mit General Groener, als einmal mit den Kommunisten.“

Versteht und kautoft sind sich darin einig: „Wenn ich zu wählen habe zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, dann entscheide ich mich für die Nationalsozialisten!“ Und daß das nicht nur in der Theorie so ist, sondern auch in der Praxis, sollte wiederum vorgetrieben die Seering-Politik in Gieselerstraße, indem sie den Überfall auf unser Parteigebäude unter, sämtliches Personal der Fronteier und des Parteibüros verhaftete, unsere Genossen und die Buchdrucker auf dem Polizeipräsidium fotografieren und die

Fotografieren samt den Personalien dem Maximilianer Feld zur Verfügung durch die faschistische Polizei in Thüringen anstiftete.

Das ist das einzige reale Bündnis in Deutschland, das Bündnis der Kampf- und Terrorgemeinschaft von Sozialisten und Faschisten, zur blutigen Verfolgung und zur Niederdrückung des deutschen Proletariats.

Bei solchem Stand der Verhältnisse und der Klassenfronten in Deutschland sollte es Kommunisten geben, erfüllt mit Millionen, daß in gemeinsamer Front mit den Kameraden und Parteimitgliedern, mit der faschisierten Sozialdemokratie der Faschismus bekämpft werden könnte? Nein, diese Zeiten sind ein für allemal vorbei! Es gibt heute keinen Frontismus mehr in der kommunistischen Partei, der solche Allianzen zulassen würde. Der Frontismus, dessen Gründung die Politik in der Sozialdemokratie und im Schleppland der Sozialdemokratie war, ist für alle Zeiten aus der kommunistischen Partei ausgerottet. Und es gibt kein Hintertreten, durch das er wieder in die Partei einschleichen könnte.

Die einzige Abwehr- und Offensivfront gegen den Faschismus bildet das revolutionäre Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei.

In diese Front reihen sich immer mehr neben Parteilosen auch sozialdemokratische Arbeiter ein. Diese erkennen den Verrat ihrer Partei, erkennen den wahren Verlauf der Klassenlinie, sie kommen zum Kampfband, zur KPD und endlich früher oder später auch zur kommunistischen Partei.

Nicht eine Koalition mit den Sozialisten kann den Faschismus bekämpfen, sondern nur die proletarische Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei gegen National- und Sozialfaschismus, gegen den Faschismus in jeder Erscheinungsform.

Das ist die Grundlinie unserer Politik. Gerade infolge dieser politischen Grundlinie hat die Partei an all ihren Fronten die großen Erfolge zu verzeichnen. Das gilt, wie überall im Reich, ganz besonders in Braunschweig, wie es das letzte Wahlergebnis gezeigt hat. Breite Schichten ehemaliger sozialdemokratischer Wähler sind in die Sozialdemokratie unserer Partei übergegangen, weil sie erkannt haben, daß nur die kommunistische Partei den politischen und wehrhaften Kampf gegen den Faschismus führt. Und jetzt, nachdem sich diese großen Resultate einer bolschewistischen Politik zeigen, sollten wir sie aufgeben? Das ist weder sonstwo im Reich noch in Braunschweig gelehrt.

Was in Braunschweig gelehrt ist, ist die letzte grundsätzliche Fortsetzung unserer Gesamtpolitik. Die KPD war stets bereit, eine vorhandene kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit im Interesse der wichtigsten proletarischen Tagesforderungen auszunutzen. Eine solche Politik hat aber gerade die Sozialdemokratie freis abgelehnt. Das bedeutet für uns die Aufgabe der Sozialdemokratie. Gerade weil die Sozialisten als die getreuen Ratgeber der Bourgeoisie wirken, haben sie alle Klassenforderungen des Proletariats, die durch die Kommunisten in allen Parlamenten erhoben wurden, auf das schärfste bekämpft und haben gemeinsam mit der Bour-

Schiedmanöver der SPD

R. R. Die faschistischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten helfen durch Stimmenthaltung den Vorkriegsregierungen. In Sachsen unterstützen die Sozialdemokraten ohne Unterschied die reaktionäre Schied-Regierung, die Filiale der Brüning-Diktatur. Diese Regierung bezieht seit den letzten Landtagswahlen als geschäftsführendes Kabinett. Sie vollführt gegen die Arbeiter den brutalen Terror und gibt den Kapitalisten Millionen Subventionen. Bei der Beratung des Etats war die Gelegenheit, diese Regierung zu Fall zu bringen; die Sozialdemokraten stimmten dem Etat zu und retteten die Schied-Regierung. Ja, noch mehr, sie sagten alle ihre Anträge aus der Beratung zurück und vergraben sie in die Kuschelle.

Jetzt ging die Schied-Regierung dazu über, dem Einpruch gegen die Gefrierfleisch-Einfuhr beizutreten. Die Regierung, die noch vor 10 Tagen von den Sozialdemokraten geteilt wurde, vergrößert den Hunger im Hungerland Sachsen. Die kommunistische Fraktion stellte sofort einen Antrag, die Haltung der Regierung zu mißbilligen, ihr Entzogen für die Gefrierfleisch-Einfuhr zu fordern. Das brachte die SPD-Demagogen in Druck; rasch fabrizierten sie auch einen Antrag, der die „Mißbilligung“ der Haltung der Regierung forderte.

Die Sozialdemokraten wollen mit diesem Antrag ihre praktische Hilfeleistung für die Schied-Regierung verheimlichen. Dieses Manöver durchzuführen, die KPD dadurch, daß sie nun eine Stellungnahme gegen die Schied-Regierung forderte und verlangte, daß die

Neuwahl der Regierung die Tagesordnung gestellt werde.

Dieser Antrag wurde von den Sozialdemokraten gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt! Wieder stellte sich die SPD kühlend vor Schied, obgleich sie inzwischen zum demokratischen Massenbetrug ihren Antrag eingedrückt hatte.

Was nun dem SPD-Antrag zu halten ist, wissen am liebsten die Dresdner Nachrichten vom Sonnabend. Diese schreiben dem Antrag:

„Aus kann die SPD Maßnahmen der Geschäftsführer nicht billigen, soweit sie will. Das wissen die Antragsteller sehr wohl. Darum ist der erste Teil des Antrages nur ein Scheinmanöver nach außen.“

Und weiter heißt es in den Nachrichten:

„Daß die Regierung auch nachträglich nicht durch einen Entzogenantrag gekürzt werden kann... Dann muß die SPD schon andere Wege sehen... Daß eine politisch verantwortliche Regierung gebildet wird, oder, wenn das nicht möglich ist, daß durch Neuwahlen eine regierungsfähige Mehrheit zustande kommt.“

Die SPD wird die SPD vor diese Entscheidung stellen. Sie werden einen Antrag auf

Kündigung des Landtages eingebracht. Damit wird die SPD gezwungen, Farbe zu bekennen. Dann werden die Arbeiter aus der Haltung der SPD erfahren, daß diese wirklich die reaktionäre Schied-Regierung unterstützt und Anträge zum Verzug und zur Täuschung der Arbeiter stellt.

Das Berliner Tageblatt gibt zu.

Internationale bleibt das stärkere Lied

Im Berliner Tageblatt beschäftigt sich der bekannte bürgerliche Journalist Theodor Wolff mit der Bedeutung des Uebertritts Scheringers zur kommunistischen Partei. Nachdem der größte Teil der bürgerlichen Presse in wüthlicher Verlegenheit, die sich bei den Wählern zur Rechtfertigung des offenen Kapitalismus heraus, die Parte und offene Erklärung Scheringers abgedruckt haben, ist die Stellungnahme Wolffs besonders interessant. Sie gibt unüberbitteln die gewaltige Ueberlegenheit der über den revolutionären Marxismus über Sozialdemokratie und Nationalsozialismus zu. Th. W. erklärt wörtlich:

„So werden Unfähige vom Parteitag zum Sowjetieren hindern können. Der Nationalsozialismus ist nur eine Vorbereitungsschule; alles flucht, der Deutscher Scheringer ist nicht der einzige, den das Soldverhältnis zum schamlosen Großkapitalismus und der „Mittlere Plutoniumismus“ im Hinterkopf ansetzt, und der Kreml ist doch noch ein anderes Gebäude als das

„Krause Haus“ in München, in dem der große Kollektronenprophet, Rudolf Heidegger, wenigstens als etwas Genie, als eine Idee, eine organisatorische Kraft, eine proletarische und intellektuell aufgebauete Lehre, als eine Erfüllungsmöglichkeit, ein sicheres Ziel. Der Nationalsozialismus ist ein alter Väterchen, der immer den gleichen abgedruckten, den Schöpsler durch, auf die Dauer nur unterhaltend für anspruchslose Defter und geringschätzige Anhängler, und die „Internationale“ bleibt, daran ist nichts zu ändern, das stärkere Lied.“

Genossen! Tragt diese Gedankenlinie in die Betriebe, Büros und Stempelfellen! Sie sind eine wirksame Waffe der Sozialdemokratie und des Nationalsozialismus für Wölfe, die für den Faschismus, für den revolutionären Befreiungskampf des werktätigen Volkes.

Dorpfmüller beantragt Verbindlichkeit

Die Reichsbahnhauptverwaltung hat, nachdem gestern die Erklärung abgegeben ist, die Verbindlichkeit für den Lohnraubhubschraub gegen die Eisenbahner, beantragt. Dieser Lohnraub bedeutet für Dorfmüller einen Verdienst von rund 100 Millionen Mark.

Jetzt haben die Reichsbahnverwaltung und Reformisten ihre Rollen wieder anders verteilt, wie z. B. 1927, wo die Lohn-„erhöhung“ von 1 Pfennig pro Stunde von Dorfmüller trotz Verbindlichkeitsverpflichtung nicht bezahlt wurde. 1927 war der EDB gezwungen, den Streik der Eisenbahner zu sanktionieren. Heute erwartet die Reichsbahnverwaltung die Verbindlichkeits-„erklärung“, um einen wirklichen Kampf gegen den unerhörten Lohnraub zu verhindern.

Ein Empörungsdamm brach an allen Dienststellen unter den Eisenbahner aus, als der Raubgang an den Hungerlöhnen bekannt wurde. Die Frauen bieten alles auf, um die Gewerkschaft zu „beruhigen“. So helfen diese Arbeiterfeinde Dorfmüller und die Eisenbahnverwaltung, die Wut der Reichsbahn auf Kosten der Eisenbahner und der Verkehrsüberbehörden steigern.

Wählt an jeder Dienststelle vorbereitende Kampfgruppen! Beschließt die sofortigen Streik gegen jeden Lohnraub, Gewerkschaft und die übrigen Betriebe werden aufgefordert, alle Kräfte zur Mobilisierung der Eisenbahnbediensteten, Bahnarbeiter und Werkstätten anzulegen. Der Hundertmillionen-„raub“ an den Eisenbahner muß durch eine mächtige Einheitsfront zurückgewiesen werden.

Kanting-Regimenter entworfen. In der Provinz Honan, wo die Arbeiterbewegung noch sehr jung ist, haben die roten Truppen einen Angriff auf die Kuomintang-Kräfte eröffnet. Die Gegner zogen sich unter schweren Verlusten zurück. Die roten Truppen entworfenen Kanting-Regimenter und erbeuteten 7000 Gewehre, 15 Geschütze, 50 Maschinengewehre.

Textilarbeiterstreik gegen Lohnraub

Belegschaft Görner jun., Thalheim, kämpft geschlossen unter KPD-Führung

Auf den Versuch, die Schandhöhe der Belegschaft noch mehr zu senken, greifen die Textilarbeiter bei Görner jun. in den Streit. So greifen 300 Arbeiter und Arbeiterinnen, die durch Massenstreikposten der Gewerkschaften unterstützt werden.

Roter Sieg im Westen

Erkenntnis, den 24. März. (Eig. Drahtmeldung) Göttern landen hier auf beiden Seiten von „Grenzen“ die Parteimitglieder. Die Reichsbahnverwaltung hat 820 (800 Stimmen der KPD 661 (1223), die Christen 108 (986), die Nazis 180 (105) Stimmen.

Die rote Einheitsliste tritt damit von der dritten an die erste Stelle. Die Reformisten verloren die Hälfte, der christliche Reichsbahn zwei Drittel. Die KPD erreicht damit nicht nur ein Prozentumkehr, sondern einen absoluten Erfolg. Teller wird ein vollkommener Sieg, wenn man berücksichtigt, daß neben dem Mann der Belegschaft im vergangenen Jahr entlassen wurden.

Sturm in der Wirtschaftspartei. Die Wahlkreise Göttern, Thalheim und Koblentz-Trier der Wirtschaftspartei haben in einer Parteitagung einstimmig beschlossen, daß der Parteitag in Trier stattfinden soll. Wenn das innerhalb 8 Tagen nicht geschieht, brechen die Wahlkreise die Beziehungen zur Wirtschaftspartei ab. Die Zerlegung der Wirtschaftspartei scheint jetzt

Eine erneute Verklärung in der Thüringer Freid-Koalition ist erfolgt. Die Volkspartei erklärt, daß sie keinen von anderen Seite eingebrachten Währungsantrag unterstützen wird, aber einen eigenen Währungsantrag gegen den Faschismus bringen wird.

große die feindsichtige Politik gegen das Berliner Proletariat geführt.

In Braunschweig bestehen zweifellos besondere politische Verhältnisse, die in einigen wichtigen Punkten von der Lage im übrigen Reich abweichen. Am Vande

Braunschweig regiert eine Regierung des offenen Faschismus, die nationalsozialistische Kranzregierung, gegen die sich das gesamte Proletariat, sowohl die parteilosen wie die kommunistischen und die sozialdemokratischen Arbeiter wenden. Unter solchen Verhältnissen konnten die Braunschweiger Sozialdemokraten ihrer kommunistischen und bolschewistischen revolutionären Politik nicht so unverzüglich die Fahnen schleppen lassen wie in anderen Gebieten des Reiches, und sie mußten

unter dem Druck der Arbeiter gegenüber den Arbeiterforderungen überhört eine andere Haltung einnehmen als die Sozialpartei, und sie haben sich den Bedingungen der Kommunisten unterworfen.

Wenn die Stamper-Organ diese „Kleinigkeit“ übersehen, so müssen wir sie daran erinnern: Wir haben den Sozialdemokraten Bedingungen gestellt. Wir haben ihnen ein antisozialistisches proletarisches Programm unterbreitet und nicht die Braunschweiger Sozialdemokraten uns.

Nicht die Sozialdemokraten, sondern wir haben blüht. Ein nettes „Bündnis“! Wir, die kommunistische Partei, haben die Führung im Kampf gegen den Faschismus für die Interessen der Arbeiterpartei. Die Sozialdemokraten in Braunschweig erklären — ganz im Gegensatz zur Politik und zur Praxis ihrer Partei —: Wir wollen mit in dieser Front für die

proletarischen Forderungen kämpfen, die die kommunistische Partei stellt, und durchführen. So ist die Lage, nicht umsonst, wir erklären offen: daß wir an die Besondere Lage in Braunschweig glauben, die Sozialdemokraten glauben haben, auch Braunschweig nicht glauben.

Die Braunschweiger Sozialdemokraten handelten in einer Zwangslage unter dem Druck ihrer Anhänger, unter dem Maßstab und es unaufrichtigen Formales.

Das zwang sie zu Betrachungen, die diese Partei in ihrer politischen Programm nicht kennt und auch nicht durchführen wird. Unsere Braunschweiger Genossen, die ganz im Gegensatz verhältnis mit dem Volksbüro des Zentralkomitees gehandelt haben, haben die Pflicht, zu überdenken wie weit die Sozialdemokraten ihre Betrachungen entgegen. Die Braunschweiger Kommunisten werden sich nicht zu schuldigen und Verantwortlichen für die zu erwartenden sozialdemokratischen Verräterpolitik machen, sondern, wie es Sozialisten, die

Kontrolle der Arbeiterpartei über die Wirtschaftspolitik organisieren.

Unsere Braunschweiger Genossen haben die Aufgabe, vor dem gesamten Arbeiterproletariat, im Reich sowohl wie durch außerparlamentarische Aktionen, das den Sozialdemokraten gegenübergehaltene Programm zu veröffentlichen und auf die Generalität der Partei den Kampf gegen den Faschismus in jeder Erscheinungsform, den Kampf zur Ueberwindung des National- und Sozialfaschismus als revolutionären Klassenkampf im Interesse des Proletariats zu organisieren und zu führen. Diese Aufgabe werden die Braunschweiger Genossen, die auf die Folgen zu rückblicken können, gemeinschaftlich mit der Gesamtpartei erfüllen!